FDP Hochtaunus

EUROPÄISCHE BAD BANK SOLL PROBLEME DER FAULEN KREDITE LÖSEN

01.03.2018

Nach Ansicht der in London angesiedelten Europäischen Bankenaufsicht (EBA) soll die EU eine Vermögensverwaltung in Form einer „Bad Bank" gründen. Dies machte EBA-Chef Andrea Enria am Rande eines Seminars des Europäischen Abwicklungsmechanismus ESM am 30.01.2017 deut-lich. Demnach sei ein solches Institut nötig, um den Banken eine Möglichkeit zu geben, ihre aus-fallgefährdeten Kredite (sog. non-performing loans/NPL), die sich europaweit auf insgesamt 1000 Mrd. EUR belaufen, abzubauen. Gemäß den Ausführungen des EBA-Chefs soll solch ein Institut für die Verwaltung der notleidenden Forderungen mit Hilfe staatlicher Garantien gegründet, gleich-zeitig aber auch Mittel privater Investoren eingeworben werden. Auf die neue EU-Einheit könnten die Banken dann ihre Problemkredite übertragen. Sollte das EU-Institut nach der Übertragung die Kredite über einen Zeitraum von drei Jahren nur mit Verlust verwerten können, müsste die Bank oder deren Staat den Fehlbetrag ausgleichen, nicht aber die übrigen EU-Länder, sodass eine Vergemeinschaftung der Risiken verhindert werde, so Enria. Ungeklärt sei allerdings die Finanzie-rung solch eines Instituts, da durch die Aufnahme von Problemkrediten von bis zu 250 Mrd. EUR entsprechende Mittel am Finanzmarkt aufgenommen werden müssten, die nur durch eine Rücken-deckung des öffentlichen Sektors möglich seien.

Klaus Regling, Managing Director des ESM, antwortete auf diesen Vorschlag, dass die Stabilität der Banken und die Stabilität der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets hoch korrelierte Themen sind. Mehr grenzüberschreitende Bank- und Finanzmarktaktivitäten würden die Stabilität der EU-Wirtschaft erhöhen. Dies liegt daran, dass eine stärkere finanzielle Integration eine wirtschaftlichere Risikoteilung bedeuten würde. Europa hat seit der Krise enorme Fortschritte gemacht. Aber der eine Bereich, in dem die EU - und der

Abgerufen am 22.11.2026 unter https://fdp-hochtaunus.de/?p=427

Euroraum - immer noch hinter den USA zurückbleibt, ist das sog. Risk Sharing. Risk Sharing ist die Summe von Mechanismen, durch die ein Schock für die Wirt-schaft eines Landes von anderen geteilt wird. Es trägt zur „Glättung" von Konjunkturzyklen bei und macht Volkswirtschaften widerstandsfähiger gegen Schocks. In den USA werden die Schocks in viel stärkerem Maße ausgeglichen als in der EU und im Euroraum. Selbst in großen Ländern wie Deutschland und Frankreich sind Auswirkungen stärker entwickelt als im gesamten Euroraum. Wir müssen diesen Rückstand auffangen, denn eine stärkere „Risikoteilung" würde die WWU robuster und ihre Wirtschaft widerstandsfähiger machen. Die Risikoteilung kann über verschiedene Kanäle erfolgen: fiskalische Kanäle oder über Finanzmärkte, in beiden Fällen handelt es sich um eine Ver-tiefung der finanziellen Integration. Je mehr Länder finanziell integriert sind, desto mehr Risiken werden sie teilen. Aus makroökonomischer Sicht dient eine Vertiefung der finanziellen Integration der verbesserten ökonomischen Absorption von Schocks.

Abgerufen am 22.11.2026 unter https://fdp-hochtaunus.de/?p=427